

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum...

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 5maligen...

7. Jahrgang.

Donnerstag, 7. Mai 1925

Nummer 100

Was wird die KPD. jetzt mit dem „Volksblock“ tun?

Durch die Wahl Hindenburgs zum Präsidenten der Republik sind der wahre Charakter dieser Republik und der Weg, den sie nach dem Willen der herrschenden Klasse gehen soll, blühend erleuchtet worden.

Die Präsidialkandidaten haben erneut bestätigt, was die kommunistische Partei seit jeher gesagt hat: daß der Vormarsch der Reaktion so lange unaufhaltsam ist, als große Teile der arbeitenden Massen, verführt durch die sozialdemokratische Koalitionspolitik, am Schwanz der Bourgeoisie marschieren.

Die kommunistische Partei hält es für ihre dringende Aufgabe, dieses Manöver der SPD. und der übrigen Hindenburg-Republikaner zu durchkreuzen und den Massen den richtigen Weg des Kampfes zu zeigen.

Auflösung der monarchistischen Reichswehr der monarchistischen Verbände, Entlassung und Entmilitarisierung der Schutzpolizei, Amnestie für die proletarischen Kämpfer gegen die Reaktion, Konfiskation der dynastischen Vermögen, Ausweisung der Mitglieder der ehemaligen Dynastien, Auflösung des reaktionären Staatsgerichtshofes, strenger Achtundzestag, Aufhebung der den arbeitenden Massen belastenden Steuern.

Die KPD. erklärt sich bereit, mit den Parteien und Organisationen zusammenzugehen, die sich für diese Forderungen ernsthaft einsetzen.

Die kommunistische Landtagsfraktion in Preußen hat sich bereit erklärt, eine Regierung der Sozialdemokraten mit den sogenannten Republikanern nicht zu verhindern.

Um den Hindenburg-Republikanern keine Zuflucht zu lassen, hat die Zentralkomitee der KPD. trotz dem, zugleich im Rahmen der Reichstagsfraktion und der preussischen Landtagsfraktion der KPD.

das ihr Angebot aufrechterhalten bleibt, nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich.

ihre Phrasen von der „gerechten Lastenverteilung“ und dem „Schutz der Republik“ die ganze Last auf die Schultern der Werktätigen legen und jeden Widerstand durch die Hindenburg-Truppen niederzuwerfen suchen.

Wir werden die Forderung der preussischen Landtagsfraktion auf von der Antwort auf diesen Vorschlag abhängig machen und im Frühenreichtum nicht herablassen die Verantwortung der schwarz-rot-goldenen Parteien für die schwarz-weiß-rote Reichspolitik ebenso eindringlich festzustellen wie die Tatsache, daß sie es abgelehnt haben in Preußen eine Regierung gegen die Hindenburg-Reaktion zu bilden.

Im Beauftragen unserer Verantwortung vor den arbeitenden Massen als die einzige Klassenpartei des Proletariats erklären wir, daß die rote Front aller Arbeiter und Unterdrückten die einzige wirkliche Kampffront gegen die monarchistische Reaktion ist.

Wir wissen, daß die Hindenburg-Republikaner auf unser Angebot keine ernsthafte Antwort geben werden, daß sie, wie sich das in Sachsen und Hamburg zeigte, und wie es jetzt wieder die Bildung unseres Angebots in Preußen und im Reich beweisen wird, zehmal lieber mit einer offen monarchistischen Partei gegen das Parlament zusammenregieren, als auch nur ein Scheinrepublikanische Regierung aufrechtzuerhalten.

Wir fordern alle Arbeiter und alle wirklichen Feinde der Hindenburg-Reaktion in Deutschland auf, unsere Forderungen genau zu prüfen, genau darauf zu achten, wie sie von den Reichsbanner-Parteien beantwortet werden, die uns die „Steigbügelhalter der Reaktion“ nennen und danach ihre Entscheidung zu treffen.

Zentrale der KPD. — Kommunistische Reichstagsfraktion. Kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag.

Löbe frühstückt mit Hindenburg!

Am Dienstag, den 12. Mai, 11 Uhr 45 Min. vormittags, wird sich der amtierende Reichspräsident in Begleitung des Reichskanzlers zum Frühstück, und wird dort vor demselben Reichstag in Paris ein Frühstück arrangiert und der Vertreter der Landesregierungen den in Artikel 42 der Reichsverfassung vorgesehenen Eid leisten.

Deserteure des Klassenkampfes

Die Feigheit der „Linken“ in der Breslauer SPD.

Der Regenjammer nach dem letzten „Sieg“ der Sozialdemokratie wird in den Reihen dieser Partei immer größer. Wir berichteten bereits über heftige Auseinandersetzungen in den sächsischen Bezirken.

Der Artikel des „linken“ Eckstein, ein typisches Erzeugnis der Unklarheit und Feigheit dieser sogenannten Oppositionellen war das erste Zeichen der beginnenden Auseinandersetzungen.

Unsere Kritik an der Verhandlung am Montagabend brachte nach Begrüßung durch Genossen Klatsch und ein Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Winer.

Korreferent, Genosse Dr. Eckstein, verlangt, daß die Bedeutung der einzelnen Aktionen direkter als bisher am Beispiel des Sozialismus gemessen werden.

Nach Schlussworten der beiden Referenten wird nach 12 Uhr vor nur teilweise gefülltem Saal eine Resolution gefasst, die sich gegen die sogenannte „Staatspolitik“ und gegen bedingungslose Koalitionspolitik wendet.

Dieser Bericht spricht Bände. Ecksteins Oppositionsrede ist genau wie sein Artikel eine Opposition der unverbindlichen Worte. Peinlich hütet er sich, irgendeinen konkreten Schluß aus seinen Feststellungen zu ziehen.

Wie anders tritt demgegenüber der rabiate und dreiste Birnbaum auf. Mit einer Unerschämtheit, die kaum noch zu überbieten ist, bezeichnet er, der Troubadour der Zentrumskapitalisten und ihres Kandidaten, des Ruhrmillionenmarx, diejenigen, die für eine Ablehnung dieses bürgerlichen Kandidaten sind, als „Deserteure des Klassenkampfes“.

400 Betriebe mit 7000 Holzarbeitern ausgeperrt

(Eigener Drahtbericht)
Hirschberg, 7. Mai.

Im Laufe des gestrigen Tages ist die ansehndigste Gesamtausperrung der niederschlesischen Holzarbeiter erfolgt. Circa 400 Betriebe mit etwa 7000 Arbeitern haben ihre Tore geschlossen. Einzelne kleinere Unternehmer haben die Forderungen der Holzarbeiter bewilligt und betätigen sich nicht an der Absperrung.

Die Schärpmacher des Landesverbandes der schlesischen Holzindustrie haben ihre Forderung wahr gemacht. 7000 Arbeiter liegen auf der Straße. 7000 Arbeiter sollen mit der Hungerperle gezwungen werden, vor den Unternehmern zu Kreuze zu kriechen.

Wie das Verbot der Holzindustriellen, daß die Forderungen der Arbeiter für die Betriebe untragbar seien, zu bewerten ist, geht daraus hervor, daß Teile der kleinsten Arbeitgeber die Forderungen der Holzarbeiter bewilligten. Wollen die größeren Unternehmer etwa behaupten, daß ihre Betriebe schwächer dastehen, als die der kleineren? Nein, es ist nicht das! Die Holzarbeiter sollen ein für allemal gefügig gemacht werden zur uneingeschränkten Ausbeutung.

Aber die Holzarbeiter, die schon so manchen Kampf ausgefochten haben, werden auch diesen Kampf aufnehmen. Die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft ist ihnen gewiß. Etwas, was wahrscheinlich ist, am kommenden Montag auch die Absperrung in der gesamten niederschlesischen Metallindustrie in Kraft. So gilt es, die geschlossene Front nicht nur der streikenden und ausgeperrten Holz- und Metallarbeiter, sondern der gesamten niederschlesischen Arbeiterschaft gegen die Unternehmer-Offensive zu schaffen.

Scheinopposition der SPD. gegen den Steuerraub

(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 7. Mai.

Der Vize, Sozialdemokrat und Präsident des Reichstages hat in der Sitzung des Reichstages am gestrigen Tage wegen der ersten Beratung der Bedeutung der Steuererlässe der Reichsregierung zwei Reden gehalten. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung.

Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung.

Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung.

Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung.

Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung. Die erste Rede war eine scheinbare Opposition gegen die Regierung. Die zweite Rede war eine scheinbare Unterstützung der Regierung.

Edward Bernstein in den Steuerausgleichungen darüber geäußert und gesagt, daß man diese drei Prozent Umsatzeuern nicht durchsetzen kann. Man solle dann wenigstens zwei Prozent beschließen, am Ende würde dann in der Einkommenfront von Reichsregierung bis jetzt zu erheblichen Umsatzeuern beschließen. Das Beispiel mag genügen, um den Charakter des Kampfes der SPD. gegen den Steuerraub zu charakterisieren.

Die kommunistische Partei hat dem schwarz-rot-goldenen Blod, insbesondere den Sozialdemokraten, die Gelegenheit gegeben, einmal zu beweisen, ob sie die bescheidensten Forderungen zum Kampfe gegen die Monarchie wahr machen wollen. Die Sozialdemokratie hat auf unseren offenen Brief nicht geantwortet. Das Reichsbanner ist schon eingeschwenkt zu Hindenburg, Demokraten und Zentrum gehören schon längst zum Bürgerblod, denn sie liegen in der monarchistischen Reichsregierung, die von Hindenburg bestatigt werden wird. Das nennst du Bürgerblod. In Wirklichkeit ist es die schwarz-weiß-rot-goldene Koalition von Hindenburg bis Marx und die Sozialdemokratie ist lediglich der Anhang der Demokraten und des Zentrums für diese Bürgerblodregierung. Das behauptet die Sozialdemokratie heute durch ihr Schweigen, indem sie die volle Rednergarnitur nicht zu einer Anklage gegen die Steuerpolitik des Herrn v. Schlieffen ausnutzt. Obgleich diese Einheitsfront besteht, werden wir, auch mit den Mitteln des Steuerraubes, mit der Aufreizung der Massen gegen den unerhörten Steuerraub und den Steueretat der Sozialdemokratie, die rote Fahne der schwarz-weiß-rot-goldenen Enttäuschung. (Erbh. Beif. b. d. Komm.)

Vertagung der Sitzung auf Freitag nachmittag 2 Uhr.

Die ewige Preußenkette

Braun wackelt
(Eigener Drahtbericht)
Berlin, 7. Mai.

Nachdem die Sozialdemokraten nicht mit dem Kommunisten über bestimmte parlamentarische Mindestforderungen verhandeln wollten, nach denen die Kommunisten eventuell bereit waren, für das Kabinett Braun zu stimmen, mußten sich die Parteien der schwarz-rot-goldenen Mitte nach rechts orientieren. Es ist fast ausgeschlossen, daß Braun mit seinem Kabinett ein Vertrauensvotum erhalten wird und nach den gestrigen Verhandlungen der schwarz-rot-goldenen Parteien ist man bereit, die Abstimmung im Preussischen Landtag, die am Freitag stattfinden sollte, noch einmal zu vertagen.

Die unerbittlichen Versprechungen laufen dahin hinaus, eine große „Volksgemeinschaft“ ins Leben zu rufen. Die Zentrumspartei strebt daher schon Verhandlungen mit den Deutschnationalen an. Das Resultat der Verhandlungen soll eine Koalition von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen sein. Falls die Sozialdemokraten sich gegen die Koalition wenden, so wird ohne weiteres der Reichsblod zustande kommen. Das demokratische „Berliner Tageblatt“ ist grundsätzlich mit den Forderungen der Zentrumspartei einverstanden, beansprucht jedoch, bevor eine Regierung der großen „Volksgemeinschaft“ gebildet wird, ein Vertrauensvotum für Braun, Dr. Herwegh, ein Führer des rechten Flügels des Zentrums, werden bereits damit, daß Braun in den nächsten Tagen zurücktreten werde.

Ein Reichsbahndirektor über sein Unternehmen

(Eigener Drahtbericht)
Breslau, 6. Mai.

Der Direktor der Reichsbahn Homberger hielt vor Vertretern der Presse heute eine Rede über die Lage der Reichsbahn. In der er erklärte, daß im Oktober 1923 225 000 Beamte abgebaut seien. Weiter das Gehalts- und Lohnniveau der Beamten und Arbeiter erklärte er, daß gegenüber dem amtlichen Lebenshaltungskoeffizient von 1256 die eintreffende Mittel für das Personal nur 122 betragen. Gegenüber vollwertigen Lohnforderungen der Arbeiter weiche Homberger dadurch ab, daß er erkläre, die weitere Lohnerhöhung würde eine Last für die Reichsbahn zur Folge haben. Der finanzielle Stand der Reichsbahn ist nach Dr. Dawesbeziehung nicht gut, trotzdem ist die Abgabe für den 1. September bereits beschlossen.

Pause in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“!

Breslau, 7. Mai.

Heute morgen findet eine Pause in der Ausgabe der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ statt. Zur Stunde sind die Druckmaschinen noch nicht besetzt.

Wir fragen: Was ist der Zweck dieser provokatorischen Maßnahme? Will sich der Vertreter des Herrn Reichsminister verbessern?

Der Aufstand in Marotta

(Eigener Drahtbericht)
Paris, 6. Mai.

Der revolutionäre Aufstand der Arbeiter nimmt größten Umfang an. Die Gruppen des 11. Arrondissements haben bereits eine Garde von über 4000 Mann erreicht. Die garde wird durch die Gruppen des 12. Arrondissements verstärkt. Die Gruppen des 13. Arrondissements haben bereits eine Garde von über 4000 Mann erreicht. Die garde wird durch die Gruppen des 14. Arrondissements verstärkt. Die Gruppen des 15. Arrondissements haben bereits eine Garde von über 4000 Mann erreicht. Die garde wird durch die Gruppen des 16. Arrondissements verstärkt.

Aufgaben und Aussichten der RKP.

Ramenevs Referat auf dem 14. Parteitag
(Eigener Drahtbericht)
Moskau, 6. Mai.

Ramenevs eröffnete die 14. Gesamtbundeskonferenz der RKP mit dem Hinweis auf den 14. Geburtstag der Partei und des Landes einigsetzten Wendepunkt, der einerseits im Feld des 1. Referatsjahres des Wiederaufbaus der Industrie steht, andererseits im Zeichen einer Zunahme des proletarischen Gewichtes des Proletariats als soziale Schicht und schließlich im Zeichen der Partei. „Mit dem Geschick der Front zum Vorzeile!“ Zur Erfüllung und Verwirklichung dieser letzteren Parole geht vor allem, als letzte Aufgabe, die Entwicklung der Produktivkräfte im Vorzeile und die Beseitigung aller noch vorhandenen Überreste des Kriegskommunismus und der damit verbundenen Hemmnisse der Initiative des Bauern zur Hebung der Wirtschaft. Gleichgültig unerlässlich ist dabei ein ehrlicher Verwaltungssaparat in den Sowjets. Die eigentliche Schwierigkeit, auf die diese Aufgaben stoßen, geht von der teilweise Stabilisierung des Kapitalismus in den imperialistischen Staaten aus, die allerdings nur eine bedingte ist. Den besten Beweis für diese Bedingtheit liefert die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Mag sie unter direkter Förderung durch den Verrat der 2. Internationale auch die Zunahme der reaktionären Stimmungen der bestehenden Klasse und die Abkehr, auf eine monarchistische Restauration gestellt haben, so ist sie nichtdestoweniger gleichzeitig doch auch ein Anzeichen dafür, daß die internationale Lage sich verifiziert und eine Stabilisierung der kapitalistischen Machtverhältnisse eine unmögliche Sache ist.

Uebergend zu den Aufgaben, die die Kommunisten in dieser Situation an die RKP stellen kann, führte Ramenevs aus, daß diese Aufgabe vor allem in dem Kampfe gegen das Liquidatorium besteht. In der Hauptfrage aber beruht die RKP, unter diesen Verhältnissen einer teilweisen Stabilisierung, der Kommunisten zu Hilfe zu kommen durch eine Festigung des proletarischen Staates und Sowjetrußlands, um dadurch vor den europäischen und amerikanischen Drückkräften das Wachstum der sozialen Elemente der Sowjetwirtschaft darzutun, da dieselben die ausgleichende Garantie und Unterstützung der allgemeinen revolutionären Bewegung der ganzen Welt darstellen. Um des Erfolges sicher zu sein, gilt es deshalb, die Worte Lenins eingedenk zu sein: „10 bis 20 Jahre richtige Politik der Bauernschaft gegenüber.“ — Der Sieg im Weltmaßstab ist gesichert!

Die russischen Bauern gegen Polen und Rumänen

(Eigener Drahtbericht)
Charkow, 6. Mai.

Auf dem in Charkow tagenden allukrainischen Sowjetkongress erklärte Ramenevs einen Bericht der Unionregierung, wonach mehrere Bauernabgeordnete westlicher Gebiete in entschiedener Weise erklärten, die ukrainische Bauernschaft wolle sich nicht immer mit der allu-milden Sowjetpolitik gegenüber Polen abfinden und halte energig die Forderung der Rechte der den Ukrainern verwandten Bevölkerung der Westukraine für notwendig. Die politische Resolution des Kongresses enthält die Weisung an die Unionregierung in diesem Sinne und hält es für notwendig, auf der Erfüllung der in Riga übernommenen Verpflichtungen seitens der Polen gegenüber der ukrainischen und weißrussischen Minderheiten energig zu bestehen und ebenso „auf entschiedenste Weise die Frage der rumänischen Okkupation in Bessarabien aufzuklären.“

Rückkehr Trozki nach Moskau!

(Eigener Drahtbericht)
Moskau, 6. Mai.

Die in der Auslandspresse verbreiteten Gerüchte über die Rückkehr Trozki nach Moskau als Vorsitzender der Exekutive der Kommunisten und seine angebliche Ersetzung durch Ramenevs entsprechen jeder Grundlage. Vollständig grundlos sind auch die Meldungen über die Bildung eines Direktoriums, bestehend aus Ramenevs, Stuchew, Stalin und Trozki. Die Sowjetregierung kennt kein Direktorium. In den letzten Regierungsjahren der Sowjetunion sind in der letzten Zeit keine Veränderungen eingetreten. Trozki kehrt nach Moskau zurück, nachdem seine Gesundheit wieder hergestellt ist, und wird seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

Konterrevolutionäre Verschwörer in Wien

(Eigener Drahtbericht)
Wien, 7. Mai.

Die ausländische Presse, so die „Times“ und der „Lemos“, behaupten, daß Wien ein Sammelpunkt kommunistischer Verschwörer sei. Die österreichische Regierung hat dagegen energig protestiert.

Die „Reichspost“, das Organ der liberal-konservativen Regierung, bringt einen Artikel, wonach der Nachweis erbracht wird, daß im Gegenteil Wien ein Sammelpunkt sei für serbische, rumänische und bulgarische Spione, die im Auftrag der Gesandten dieser Länder hier arbeiten“. Vor einem Wiener Gericht wurde letzter Tage festgestellt, daß ein Serbe der bulgarischen Gesandtschaft als vor einiger Zeit der Sowjetdiplomate Katsow in Baden bei Wien zur Ermordung eines Mörder gedungen hat, der Katsow ermorden sollte.

Die österreichische Polizei ist gegen das weißgardistische Geliabel von Mordmördern sehr aufksam.

Die Hilfslosigkeit der reformistischen Bergarbeiter!

(Eigener Drahtbericht)
London, 6. Mai.

Nach dem am Montag veröffentlichten Bericht des Generals des englischen Bergarbeiterverbandes über die kürzlich in Berlin stattgehabte Internationale Bergarbeiterkonferenz erklärten die deutschen Vertreter ganz entschieden, es sei ihnen unmöglich, die vertriebenen Arbeitsbedingungen wieder zu erlangen — gemeint sind verunglückte Arbeitsbedingungen — solange Reparaturschulden geklärt werden müssen und der Dawesplan in Funktion sei. Dr. Reich bezeichnet die Lage auf dem Kontinent als sehr ernst.

Vor Annahme des Dawesplans sprachen die deutschen Bergarbeiter etwas anderes. Sie haben sich selbst gefesselt, können nicht mehr kämpfen und lassen die Bergarbeiter unkommen.

Das tschechisch-polnische Problem

Von Karl Kadel.

Die Frage der sogenannten Garantien der Sicherheit ist bis jetzt in den Kabineten der diplomatischen Kanzleien hängen geblieben, ebenso wie dies vor zwei Monaten der Fall mit den internationalen Schulden war, die Ende 1924 und Anfang 1925 auf der politischen Bühne die vorderste Stelle einnahmen. Zusammen mit diesen beiden Fragen ist auch die Frage der internationalen Konferenz über die Einräumung der Rüstungen, die die Vereinigten Staaten Nordamerikas angeregt hatten, hängen geblieben. Wie ein englischer Marineoffizier mitteilt, hat der Präsident Coolidge mit Rücksicht auf die Hindernisse, die Frankreich der Konferenz bereitet hat, von deren Einberufung im gegebenen Moment abgesehen.

Alle diese drei Fragen hängen eng miteinander zusammen. Ohne reale Garantie für seine Grenzen wird Frankreich auf die Einschränkung seiner Rüstungen nicht eingehen und wenn es darauf nicht eingeht, so versteht es sich von selbst, daß es auch an die Zahlung seiner Schulden nicht denken kann. Die diplomatischen Kampagnen der letzten Monate waren aber doch nicht resultatlos. Sie haben Konturen der Fragen schärfer umrissen und die reale Möglichkeit ihrer Lösung, soweit eine Lösung überhaupt möglich ist, konkreter aufgezeigt. Insbesondere hat die Frage der Garantie der französischen Sicherheit eine andere Frage gestellt — die Frage der internationalen Lage Polens.

Die „Gazetta Warszawska“ erklärt über die Resultate dieser Kampagnen, daß sie die Frage der Aufstellung Polens auf die Tagesordnung gesetzt habe. Wenn wir statt des Wortes „Aufstellung“ das Wort „Veränderung der Grenzen Polens“ gebrauchen, so wird dies eine genauere Bestimmung vom Stand der Dinge sein. Unter politischem und nicht geographischem Gesichtspunkt betrachtet, kann man die Situation so bestimmen, daß es sich um das Bestehen handelt, Polen die Möglichkeit zu nehmen, die Rolle einer Großmacht zu spielen. Ohne Zugang zum Meer hat Polen keine Möglichkeit, mit seinen Verbündeten unmittelbare Verbindung aufrecht zu erhalten, und kann deshalb nicht die Rolle einer festen Säule des Versailler Vertrages spielen. Das bedeutet noch keine Aufstellung, weil ein Land mit ungefähr 30 Millionen Einwohnern eine bedeutende Widerstandskraft dagegen einfallen kann. Wohl ist aber Polen ohne Zugang zum Meer gezwungen, sich auf ein Zusammenleben mit Deutschland und Rußland einzustellen. Die „Gazetta Warszawska“ sagt vollkommen richtig, daß der Charakter dieser Veränderungen nicht davon abhängt, ob Deutschland seine Ziele auf dem Wege des Krieges oder auf dem Wege der diplomatischen Kombination erreicht, die Polen völlig kollieren würden und infolge welcher Polen gezwungen würde, sich dem Beschaffen des Völkerbundes oder irgendeines dritten Gerichts zu unterwerfen.

Der Mittelpunkt der Frage ist folgender: Wie reagieren die Londoner und Pariser Regierungen auf den Vorschlag Deutschlands, wenn die französischen Grenzen als unveränderlich betrachtet werden, die Grenzen Polens dagegen zur Diskussion stehen. Die zweite Aufgabe, auf die Polen seine Aufmerksamkeit richten muß, ist die Schwächung Frankreichs. Herr Caillaux hat dem Senatoren „Worler“ erklärt, daß Frankreich alle seine internationalen Verpflichtungen erfüllen wird. Gleichzeitig verbreiten aber die Agenten Caillaux's in London die Nachricht, daß die ersten finanziellen Maßnahmen des neuen französischen Kabinetts in dem Verzicht auf jede finanzielle Hilfe bestehen werden, die Frankreich verbündeten Regierungen für Rüstungszwecke gewährt hat. Der zweite Schritt wird die Einschränkung der Ausgaben für die eigene Armee sein. Wir wissen nicht, ob es Caillaux gelingen wird, das zweite Versprechen zu halten. Es ist aber kein Zweifel darüber möglich, daß Frankreich gegenwärtig nicht in der Lage ist, Geld für die Ausrüstung Polens, Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschechoslowakei auszugeben.

Im Zusammenhang damit sucht die polnische Politik Garantien gegen die ihr drohende Gefahr in den Beziehungen zu den nächsten Nachbarstaaten, die selber einen Grund zur Unruhe haben. Die Reise Benesch's nach Warschau bezweckte Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei über diese Frage. Wenigstens die Tschechoslowakei fürchtet die Verdrängung Deutschlands und Deutschlands, was eine strategische Umklammerung der ganzen Tschechoslowakei durch die Deutsche zu Folge haben würde. Aus diesem Grunde führt die Tschechoslowakei mit Polen Verhandlungen über Zusammengehörigkeit für den Fall, daß Deutschland den Versuch machen würde, die gegenwärtige Lage im Osten zu verändern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage des Waffen- und Munitionstransports nach Polen durch tschechisches Gebiet auch den Gegenstand der Verhandlungen bildet. Laube-Verträge mit Sowjetunion betrifft die Herr Benesch zu unserem innigsten Bedauern bis jetzt nicht anerkannt hat, so wird die Tschechoslowakei schwerlich sich entschließen, die Verpflichtung der Verteidigung der Ostgrenzen Polens auf sich zu nehmen, noch weniger die Verpflichtung der Verteidigung Westabwärts, zu der sich das polnische Militär in seinem Vertrag mit Rumänien verpflichtet hat. Herr Benesch kann solche Verpflichtungen schon deshalb nicht übernehmen, weil sie die Kräfte der Tschechoslowakei übersteigen würde, und weil er in den russischen Weltkriege verhandelt ist, die den Rigor Frieden und deren Grenzbestimmungen nicht anerkannt haben. Das Resultat der Verhandlungen von Benesch ist nicht sehr groß. Es muß aber Frankreich und England doch zeigen, daß die durch sie geschaffenen Staaten ihre eigenen Interessen von selbst verteidigen können. Frankreich muß deshalb sich wohl überlegen, ob es die Interessen dieser Staaten vernachlässigen und dadurch sie von sich abstoßen kann.

Politische Menschewitzbilder aus England

Wreslau, 5. Mai.

Die sozialdemokratische „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht einen Brief eines Berichterstatters aus England, der die Führer der Labour-Party kennzeichnet. Wir lesen da: Für sozialistische Pläne hat der Sozialist Snowden als Schlagwort nicht nur kein Geld, sondern auch keine Schmach die geholt. Er ist eine eigenwillige und eigenartige Persönlichkeit, ein starker Geist in einem fast gelähmten Körper, unnahbar und unzugänglich für seine Parteigenossen, aber merkwürdig beeinflussbar von der Ögenseite, die auf dem Umweg über die gesellschaftlichen Beziehungen und Bedürfnisse seiner Frau an ihn herankommt. Seine körperliche Unbeherrschung hält ihn von jeder aktiven Beteiligung in der Arbeiterbewegung fern, aber er hat auch geistig die engere Führung mit ihr verloren. Er ist auch in der Partei das dunkle Pferd, ein Vereinzelter, der einen Ruf hat, aber keinen Anhang, von allen geachtet, von keinem geliebt, jeden Tag einer Aneinander- oder Handlung fähig, die auch seine Partei übertrifft. Er hat zweifellos die geistigen Mäße eines Führers. Aber er ist zu sehr aus sich und über sich getreten, und wer nicht mitmacht, dem folgen die Gefahren nicht gern.“ Philipp Snowden war Schatzkanzler der MacDonald-Regierung. Wenn die Sozialdemokraten jetzt, nachdem die Labourleute abgefallen sind, diese Kritik über, so haben wir der Kritik weiter nichts hinzuzufügen, als den Wunsch, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diese Kritik auch auf ihre deutschen Führer anwenden und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen mögen.

Die Ergebnisse des Besuches der schwedischen P.V.Z.-Gewerkschaften in der Sowjetunion

Gestern reiste die Delegation der schwedischen Gewerkschaften der Post und Telegraphenangehörigen nach Stockholm zurück, die in Leningrad und Moskau die Lage ihrer russischen Kollegen eingehend studiert hatte. Vor der Abreise fand eine gemeinsame Abschiedssitzung des Zentralkomitees der Gewerkschaft der Post und Telegraphenangehörigen der Sowjetunion, von Vertretern der Betriebsräte und der schwedischen Delegation statt, deren Mitglieder, Matelin, erklärte, die Delegation sei nach Kenntniserlangung aller positiven und negativen Seiten des Lebens in der Sowjetunion zur Überzeugung gekommen, daß die Erregungswaffen des russischen Proletariats und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft sehr bedeutend seien. Die fünfjährige Delegation lehnte nach Schweden als Freund des russischen revolutionären Proletariats zurück.

Die schwedische Delegation überreichte der russischen Brudergewerkschaft ein Schreiben, worin sie unter anderem ihre Wünsche nach Festigung der Erregungswaffen der russischen Revolution und nach Verwirklichung der engsten Zusammenarbeit der Arbeiter der Sowjetunion und anderer Länder zum Ausdruck bringt, da nur mit Hilfe dessen die Internationalen Arbeiterkraft erfolgreich gegen das organisierte Weltkapital kämpfen könnte. Eine einstimmig angenommene gemeinsame Resolution besagt: „Die russischen und schwedischen Post-, Telegraphen- und Telephonangewerkschaften begrüßen die Ergebnisse der Londoner Gewerkschaftskonferenz als den bisher wichtigsten Schritt zur internationalen Gewerkschaftseinheit und erklären den Zusammenschluß der Post-, Telegraphen- und Telephonangewerkschaften zu einer einheitlichen Internationale als eine Notwendigkeit. Der Wunsch der russischen Gewerkschaft, in die Internationale aufgenommen zu werden, ist dabei zu unterstützen.“

Ablehnung des Washingtoner Abkommens im englischen Parlament

London, 4. Mai. Im Unterhaus sprach das Mitglied der Arbeiterschaft, Buchanan, einen Gesetzentwurf auf Annahme des Washingtoner Abkommens über den achthundertsten Arbeitstag ein. Darauf erklärte der Staatssekretär des Arbeitsamtes, Sir Steele Mackay, daß der Antrag im Interesse der britischen Industrie als Vermittlung in den zahlreichen Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unmöglich sei. Er wolle jedoch im Falle der Notwendigkeit weitere Besprechungen mit anderen Ländern über die Restriktion des Washingtoner Abkommens führen; allerdings sei die Annahme, daß einer Restriktion des Abkommens durch Deutschland, Frankreich und Belgien notwendig sei, die Restriktion durch England folgen müsse, nicht gerechtfertigt. Der Antrag wurde schließlich mit 223 gegen 128 Stimmen abgelehnt.

In Deutschland stimmt sich das Kapital gegen das Washingtoner Abkommen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit des Achtstundentages infolge der Reparationsleistungen. In Frankreich und anderen Staaten Nichtannahme, angeblich weil Deutschland noch nicht ratifiziert. In England geht das Kapital noch weiter und erklärt dröselig durch den Mund des Ministers, auch wenn die anderen ratifizieren, so lehnen wir doch ab. Daß diese Meinungen Unterschiede sind nur verschiedene Grade der Unzufriedenheit. Im Wesen sind sich die Kapitalisten aller Länder trotz des Achthundertsten einig organisiert. Die Ablehnung des Washingtoner Abkommens im englischen Parlament schafft inoffiziell Klarheit, als sie auch die offizielle Ablehnung in den deutschen, französischen, belgischen und anderen Parlamenten nach sich ziehen und das langjährige Täuschungsmanöver und Sinken der Arbeiterklasse beendigen wird. Klar und eindeutig sieht jetzt jeder Proletarier, daß es Unsinn ist, auch nur einen Tag zu hoffen, daß der Achtstundentag auf parlamentarischem Weg zu erobern oder auch nur zu halten wäre.

Darum, die Bahn ist klar, es gibt keinen Achtstundentag, wie es keinen Sieg der Arbeiterklasse gibt ohne den unmittelbaren rücksichtslosen Kampf der Massen selbst. Die Kapitalisten weisen dem Proletariat aller Länder den Weg. Es war sich das Kapital international einig ist in der Ablehnung des Achtstundentages, so einig und geschlossen muß sich das Proletariat im Kampf um den Achtstundentag sein. Die englischen Gewerkschaften haben daraus schon die Schlussfolgerungen gezogen, indem sie sich mit dem revolutionären russischen Proletariat verbündet haben und mit ihnen gemeinsam kämpfen um die Verkündung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Das und nur das ist auch der Weg zum Achtstundentag für die deutschen, französischen und übrigen Proletarier.

Im Gymnasium Lindau

Roman aus dem Waldenburger Kohlenrevier
Von Willy Uffus

Nach dem Essen kleidete er und mußte sich viel sorgfältiger als sonst. Als die Mutter nach der Ursache fragte und ein nichts-sagendes: „Ich will mal fortgehen.“ zur Antwort erhielt, da freute sie sich im Stillen; das abgeforderte Wesen ihres Sohnes verurteilte ihr nicht wenig stillen Kummer.

In seinem Sonntagsanzug sah Franz fertig zum Weggehen, rauchte eine Zigarette und wartete auf die andere, die ihn abzuholen versprochen hatten. Die Mutter war in den Hof gegangen, um den Karren mit ihr Futter zu geben. Möglichst die Tür auf und Frau Klimmens trat herein, suchend sah sie sich in der Stube um und fragte: „Ist Frau Krüger zu Hause?“

Ein Gedanke tauchte in Franz auf und beherrschte seine Sinne: Die Witwe besah keinen guten Ruf im Hause und auch im Dorf; wohl lächelte und spottete man bloß darüber, wenn weshalb soll man einem Menschen sein Vergnügen gönnen? besonders wenn man selbst daran nicht zu leiden hat? Sie war Steinwild, das mußte Franz, und wenn er nach ihr griff, konnte niemand ihm irgendwelche Vorwürfe machen. Aber wie?

„Dort unter dem Bett steht Frau Krüger“, versuchte er eine leichte, spöttische Unterhaltung anzuknüpfen.

„Wachen Sie keinen Spatz!“ rief die Witwe den Scherz zurück. Sie hatte es anscheinend eilig, denn schon wandte sie sich zum Gehen.

„Bleiben Sie einen Augenblick!“ forcierte Franz sie auf. „Was soll ich, wenn Frau Krüger nicht da ist?“

„Was sie sollte, das mußte Franz, aber wie es ihr beibringen?“

„Gefällt Ihnen meine Gesellschaft nicht?“ fragte er.

„O doch!“ sagte sie und schien das Fortgehen vergessen zu haben. Nun stand sie da, und außer ihr und Franz war niemand in der Stube. Die Unterhaltung wollte seinen stillen Fortgang nehmen.

„Weiß Sie denn nicht, was ich haben will?“ dachte Franz. Tatsächlich sollte er, der Achtzehnjährige, den Anfang machen und nicht sie, die fast doppelt so alte?

„Es ist schönes Wetter draußen!“ sagte er.

„Ja, soch einen Sommer haben wir schon lange nicht gehabt“, bestätigte sie.

„In der Grube merken wir von dem heißen Wetter nichts“, sagte er mit Wichtigkeit eines alten Bergmannes.

„Draußen ist's aber schöner als in der Grube“, erwiderte sie.

Er schwieg, lachte nach Worten und fragte: „Es ist nicht schön, wenn man keinen Mann hat?“ und glaubte mit diesen Worten den siegreichen Angriff begonnen zu haben. Aber sehr gleichmütig lang es zurück: „In den langen Jahren habe ich mich daran bereits gewöhnt.“

Seine Zigarette und wußte nun wirklich nicht, was er sagen sollte. Einfach hingehen, die Tür zuziehen und sie aufs Bett werfen? Wohl fühlte er die Kräfte dazu in sich, aber wenn sie lächelte?

In der Tür klopfte es und auf das herein trat Beimeit Heinrich in die Stube, gleich Franz in seinem besten Anzug und Spazierstock in der Hand.

„Ah, die junge Witwe!“ sagte er und legte seinen rechten Arm ihr um die Taille.

„Erlauben Sie sich keine Frechheiten!“ rief sie den Arm zurück. Doch fühlte Franz, daß in der Stimme und Gesichtsausdruck mehr Dankbarkeit für die erwiesene Aufmerksamkeit und Aufmerksamkeit für weitere Latein als Zurückweisung lag. Ja; Heinrich, der verstand es!

„Allein in der Stube?“ fragte stöhnend lächelnd Heinrich.

„Es ist nichts dabei. Franz ist noch ein Kind“, antwortete die Witwe.

Es war nicht festzustellen, ob ihre Worte ein nichts-sagendes Scherz sein sollten, oder Spott über den unmanlichen Mann Franz, aber auf diesen schlugen sie gleich einen bemühenden Zuchtigung, weshalb er wohl scherzend, aber doch drohend und ernst sagte: „Na, na! man kann nicht wissen! vielleicht wird das Kind unartig!“

Rurt und die andere waren bereits im Hof und warteten mit Ungeduld auf Heinrich und Franz. Die Unterhaltung mit der Witwe mußte abgebrochen werden. Im Gaithaus, zum Königsgarten war es unergleichlich schöner als zu Hause, und auch weit war es nicht; nur ein paar Schritte.

Heinrich bestellte fünf Bier, bezahlte, freilich, mußte jeder für sich, es ist halt nicht anders bei dem fatigen Verdienst. Der Gastwirt schenkte das Geforderte ein und die überreichlich fette Kellnerin brachte die Schoppen den Gästen, setzte sich zu ihnen an den Tisch und hat um eine Zigarette. Da es noch früh am Abend war, war außer den fünf Schöpfern in der Gaststube niemand anwesend.

„Bitte schön!“ klopfte Heinrich dienstbeflissen seinen Zigarettenbehälter auf und klopfte mit der anderen Hand der Kellnerin auf die Schulter; diese verzog keine Miene dazu, steckte leelentüchtig die Zigarette in Brand und rauchte mit sich selbst Behagen. Heinrich wandte sich an Franz und sagte, auf die Kellnerin deutend: „Hier die ist aus anderem Holz gebaut als belche Ellg.“

„Welche Ellg?“ des Lehrers Schwester?“ fragte die Kellnerin.

„Ja, hier der Bursche ist in sie verliebt!“ Heinrich deutete dabei auf Franz. Dieser fühlte plötzlich den Wunsch, sich zu erheben und auf dem schnellsten Wege aus der Gaststube zu laufen. Aber wozu? Ellg gehörte der Vergangenheit an, die Kellnerin aber war die Gegenwart.

„Ellg ist ein schönes Mädchen!“ sagte die Kellnerin.

„Aber zu stolz und zu gebildet für einen Schleppe!“ sagte hart und scheinbar verlegt Franz.

„Endlich steht er selbst ein, was wir ihm schon lange gepredigt haben!“ rief triumphierend Kurt und forderte die anderen auf, auf das Wohl des Schlepplers und thätigen Ansehlers Franz Krüger zu trinken. Als aber die Schoppen wieder auf dem Tisch standen, da wandte sich Heinrich an die Kellnerin:

„Den Franz empfehle ich Ihnen ganz besonders. Trotz seiner Größe und fetten Alters ist er noch ein unerschütterliches Kind.“

„Lüge nicht!“ rief Franz.

„Beweise das Gegenteil!“ lärmten die anderen.

„Wodurch?“ fragte herausfordernd Franz.

„Dadurch, daß du hier der Kellnerin einen Besuch in ihrem Bett abtust!“ schlug Heinrich vor.

„Kühn! Bravo!“ unterzückten die anderen den Vorstoß.

„Nichts leichter als das!“ sprach Franz in seiner Aufregung und fühlte die Kraft und Bereitwilligkeit in sich, auch Schwereres zu tun, um seinen Mannesstolz zu behaupten. „Seht mich!“

(Fortsetzung folgt.)

Großagrarischer Menschenhandel.

Die „Sachjengänger“ sind wieder da. — Schamlose Auspöckerung ober-schlesischer und polnischer Landarbeiter.

Durch die bürgerliche und sozialdemokratische Provinzpresse folgt folgende Meldung:

Der Zuzug der Sachjengänger, der ober-schlesischen, galizischen und polnischen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, der während der Kriegs- und Nachkriegszeit getötet, zum Teil ganz aufgehört hatte, hat dieses Frühjahr einen Umfang angenommen, der den der Vorkriegszeit an manchen Tagen noch übertrifft. Ganze Trupps kommen mit den Jügen aus Oberschlesien auf dem Breslauer Hauptbahnhofe täglich an und finden scharenweise in der eisenbahnhöflichen Parade „An den Reichsädem“ vorläufige Unterkommen. Die Leute, Männer und Frauen, vielfach mit ihren kleinen Kindern, werden hier gesammelt und, soweit sie nicht inzwischen schon auf den schlesischen Gütern durch Vermittelung der Landwirtschaftskammer Beschäftigung finden, mit den Abendzügen und vielfach, wenn der Andrang zu groß ist, mit Sonderzügen nach den Westen weiter befördert.

Der Menschenhandel steht also wiederum in voller Blüte. Während in den Großstädten tausende erwerbslose Arbeiter Hunger leiden, holen die patriotischen Großagrarien galizische, polnische und ober-schlesische Landarbeiter herbei, um — die Bedürfnislosigkeit dieser Arbeiter ist ja sprichwörtlich — billige Arbeitskräfte und eil. Streikbrecher zu haben.

Struppellose Agenten laden die Landarbeiter unter betrügerischen Versprechungen aus ihrer Heimat, um sie dann gegen entsprechende Provision an die Großagrarien zu verschleudern.

Wie es den Betrogenen geht, zeigt folgende Zuschrift eines Landarbeiters.

„Durch einen Agenten Winkler-Breslau wurden aus dem Orte Hindenburg und Umgebung 20 bis 30 Arbeiter und Arbeiterinnen angeworben, mit den schönsten Versprechungen. Und zwar wurde den Arbeitern u. a. folgendes gesagt: Die Arbeitsstelle läge kurz hinter Breslau, es handele sich um eine Konferven- und Keksfabrik, je nachdem, wo sie arbeiten möchten. Als Stundenlohn wurde ihnen 13 Pf. und wöchentlich 2 Pfund Graubrot, 2 Pfund Erbsen, 2 Pfund Weizenmehl, 2 Pfund Roggenmehl, 1 Pfund Zucker und jeden Sonntag 1 1/2 Pfund

Fleisch oder Geld und Kartoffeln versprochen. Ferner gute Verpflegung auf der Bahnfahrt. Was haben sie erhalten? Freitag nachts wurden die Angeworbenen in die Bahn eingeladen und kamen Sonntag früh 4 Uhr an der Arbeitsstelle an. Von guter Verpflegung hat keiner etwas gemerkt, denn es gab nur ein paar Semmeln und schwarzen Kaffee. Es steht also fest, daß diese Arbeiter und Arbeiterinnen fast zwei Tage ohne warmes Essen gewesen sind, denn erst am Sonntag mittag belamen sie das erste warme Essen.

Wer aber beschreibt das Erkaufen der Angeworbenen, als statt der Konfervenfabrik und Keksfabrik in Breslau ein Rittergut Ehringsdorf in Thüringen steht. Doch auch dies hätten alle schon verschmerzen können, wenn nur das Versprechen guter Bezahlung und guter Behandlung gehalten würde. Aber geradezu als Sklaven oder besser gesagt als Arbeitstiere werden sie behandelt.

Als Entlohnung

bei zehntündiger Arbeitszeit bekommen sie 13 Pf., anstatt 18 Pf. Statt der versprochenen Lebensmittel bekommen sie nur die Hälfte derselben, aber Zucker und Fleisch sind Luxusartikel und bei ihnen zur Delikatesse geworden, sie könnten sich ja auch den Magen daran verderben.

Diese Landarbeiterinnen müssen mit 60 Stunden für 7,80 Mark arbeiten, davon gehen auch noch Steuern, Versicherung ab und außerdem wird ihnen noch jede Woche eine Mark einbehalten, so daß ein wirklicher Verdienst von 5 bis 6 Mark herauskommt. Für solche Bettelstülpennige müssen Proletarier ihre ganze Kraft hergeben, damit dieser Agrarier noch mehr verdrängen, noch mehr im Luxus leben und noch mehr wie ein Zoller im Auto herumraufen kann.

Das Essen

muss von den Arbeitern selbst besorgt werden, nicht jedoch müssen sie um 5 Uhr aufstehen und laufen auch Gefahr, im Dreck umzukommen, wenn sie nicht selbst die Kaserne reinigen. Die

Schlafgelegenheit

spaltet ebenfalls jeder Beschäftigung. Als Unterlage ein Strohsack, natürlich liegen sie mehr auf den Brettern als auf dem Stroh. Als Zubeden werden zwei Pferdebeden verwendet. Wir empfehlen den Landarbeitern, daß sie in der Kürze der Verwallung des Gutes vorschlagen, einmal die Schlafgelegenheit selbst zu benutzen, dann werden diese Herrschaften das Einsehen bekommen, daß ihr Vieh besser schläft, und werden einsehen, daß auch arme Proletarier ein Recht haben, als Menschen behandelt zu werden.

Einige dieser Arbeiter und Arbeiterinnen, die diese Behandlung satt haben, die leben wollen als Menschen und nicht als Arbeitstiere, haben von dem Aufseher Schulz ihre Papiere verlangt, um sich eine andere Arbeit zu suchen. Dieser Schulz als richtiger Kapitalist verweigert natürlich die Herausgabe der Papiere. Bei Beschwerden über diese schlechte Behandlung schämt sich dieser Mensch nicht, handgreiflich gegen diese wehrlosen Mädchen zu werden. Eine Arbeiterin ist von diesem Kowboy zweimal geschlagen worden.

Die Frau des Aufsehers ist noch viel schlechter. Ausdrücklich: Frauenzimmer, Dresden, Nittenweiber, Etels usw. sind an der Tagesordnung. Der Aufseher hat von dem Inspektor die Anweisung erhalten, sich nicht zu genieren, die Mädchen einfach zu verdrängen. Es würde zu weit führen, noch mehr aufzuzählen.

Soweit die Zuschrift des Landarbeiters, welche die ungehorene Schmach jenes Sklavenhandels und den schamlosen Betrug an gutgläubigen und unerfahrenen Landarbeitern illustriert.

Statt Tariflohn erhalten die verführten Landarbeiter elende Bettelstülpennige und Prügel.

Saben die armen Landproleten erst in der Heimat ihre letzten Habseligkeiten verkauft, die Wohnung aufgegeben und die weite Reise gemacht, dann sind sie den brutalen Sklavenhaltern ausgeliefert oder müssen verhungern, da sie keine Möglichkeit besitzen, nach der Heimat zurückzukehren.

Wo unsere Genossen mit Landarbeitern zusammenkommen, müssen dieselben auflären und sie veranlassen, nicht in die Garne abgefeimter Sklavenhändler vom Schlage des Winkler zu gehen.

Der gesamten Arbeitererschaft in Stadt und Land aber zeigt die Zuschrift jenes Landarbeiters die Herrlichkeiten des deutschen Damesparadieses in ihrer ganzen Schönheit.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Arthur Müller, Breslau; Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau; Druck: Peunag-Berlin, Trudersstraße Breslau.

Veranstaltungskalender.

Breslau, Text: Nord, Freitag, den 2. Mai, ab 7 30 Uhr im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

Ordnung: Carlwitz, Freitag, den 2. Mai, ab 7 30 Uhr im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

Kommunistische Jugend

Breslau, Freitag, 2. Mai, 8 Uhr, im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

Andere Organisationen

Breslau, 2. Mai, 8 Uhr, im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

RFB.

Breslau, 2. Mai, 8 Uhr, im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

IAH.

Breslau, 2. Mai, 8 Uhr, im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

IAH.

Breslau, 2. Mai, 8 Uhr, im Saal des Konzerttheaters. 3. Sozialdemokratischer Parteitag (national) der Arbeit und Sozialisten haben zu erziehlichen Zwecken eine Tagung in Breslau.

Lieblich Theater

Monat Mai 1925
Täglich 8 Uhr Täglich 8 Uhr

Gaßspiel

Hartstein

und Gesellsch. alt
in drei Akten Schiller

Der lachende Frido in
oder Wer ist der Papa?

Ganz tolle Komödie in 3 Akten
von H. G. Hartmann

Lowick Jewels
Der berühmte Schmied

Gilbert und French
Die eleganten Tänzer

Oskar Albrecht
Komödie

C Schock und Sohn
Die russische Operette

Graciliana Tropenavoge
Ein Wunder der Natur

aus Glarner
Komödie

D A R T O
Der Mann mit dem braunen Hut

Felix der Kater
Der weisse Hase

Bestenfalls
ausgezeichnete Komödie

Ganz Breslau ist erfreut

über unseren Verkauf auf

Teilzahlung

bei geringer An- und bequemer Abzahlung

Wir bemühen uns in hervorragenden Qualitäten und billigsten Preisen tonangebend zu sein und werden gekaufte Waren sofort ausgehändigt.

Wir empfehlen:

Herren-, Burschen-, Knaben-Anzüge
Covercoats, Summimäntel usw.

Damen-Mäntel, Kostüme, Kleider
Höcke, Blusen

Breslau Helios Gartenstr. 36

gegenüber Konzerttheater

Arthur Cziesselsky

Kolonialwaren, Weine
Zigarren, Zigaretten, Tabak

Vorwerkstr. 62, Ecke Lützowstr.

Kaufhaus Reichstr. 2

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Schneidwaren

Der preiswerte Herren-Hut

Fritz Waechter
Größte Auswahl

Georg Broniatowski

Alesant 66, Ecke Posenerstr.
Kurz-, Weiß-,
Woll- und Manufaktur-Waren

Arbeiter-Sängerverein „Morgenrot“ Langenbielau

Am Sonntag, den 10. Mai
findet im Saale des Herrn Dinter ein

Bunter Abend mit Tanz

statt. Aus dem reichhaltigen Programm sei erwähnt, daß auf alseitigen Wunsch die Operette
„Frühling am Rhein“
zur nochmaligen Aufführung gelangt.

Kasseneröffnung 5 Uhr Anfang 6 Uhr

Freunde und Gönner des Vereins ladet ein

Der Vorstand

Schallplatten Bergmann

Breslau I, Karlsplatz 1,
Spezialgeschäft — Tauschzentrale
Neue Platten Mark 2.50 und 3.30
Tausche jede spielbare Platte
a eine andere bei Zuschlag von
20 Pfennig zu

Wiemohaus

BRESLAU
Reusche-Strasse Nr. 20-21

Kleiderstoffe ·· Baumwollwaren
Wäsche- und Damen-Konfektion

Ämtliche Bekanntmachung von Breslau.

Im Anschlusse an die Bekanntmachungen vom 14. 11. 1924 und 6. 3. 1925 wird auf Grund des Preuß. Wohnungsgegesetzes vom 28. 8. 1918 und der Breslauer Wohnungsordnung vom 4. 5. / 11. 10. 1920 vom 1. 5. 1925 ab die besondere Aufsicht

- a) über Schlafstellen,
- b) die an Untermieter abgegebenen Einzelräume, soweit die Gesamtwohnung ausschließlich Küche nicht mehr als 3 Räume umfaßt, und
- c) die Schlafgelegenheiten der bei ihrer Arbeitgebern untergebrachten Hausangestellten, Arbeiter, Angestellten, Gehilfen und Lehrlingen,

durch Beauftragte des Wohnungsamtes fortgesetzt. Abgesehen von den nachfolgenden Bestimmungen werden die Wohnungen in den Stadtteilen befristigt werden, die zwischen der Obernigler Bahntrasse und der Stadtgrenze, zwischen der Märkischen und Freiburger Bahntrasse und nördlich der schiffbaren Oder und der Stadtgrenze (Obervorstadt, Sandvorstadt, Scheiniger Vorstadt einschll. Veerbeutel) liegen.

Für diese Bezirke sind zunächst die folgenden Bestimmungen für die Aufnahme von Schlafgängern, Zimmermietern und eigenen Angestellten zu beachten.

Für die übrigen Stadtteile wird zu gegebener Zeit eine entsprechende Bekanntmachung in den Tageszeitungen erlassen werden.

Die Aufnahme von Schlafgängern oder eigenen Angestellten überhaupt und von Mietern einzelner Zimmer in Wohnungen, deren Größe bis 3 Zimmer einschll. Küche beträgt, wird in Zukunft nur unter den in § 14-20 der Wohnungsordnung genannten Bedingungen gestattet werden.

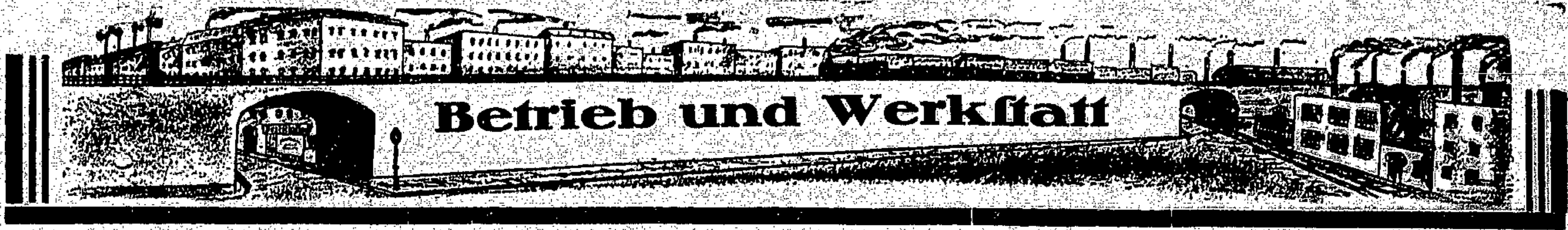
Die Genehmigung ist unter Benutzung der in Wohnungsamt, Blücherplatz 1, 2. Stock, Zimmer 25, erhältlichen Formulare innerhalb 3 Tagen nachzufordern. Ferner ist innerhalb der gleichen Frist Anzeige zu erstatten, wenn ein Wechsel eintritt hinsichtlich

- a) des Familienstandes des Wohnungsinhabers unter Angabe der Anzahl, des Alters und des Geschlechtes der Familienmitglieder,
- b) der Zahl des Familienstandes, des Alters und des Geschlechtes der Familienangehörigen und
- c) der Benutzung, Zahl und Größverhältnisse der in Betracht kommenden Räume.

Die Wohnungen jeder Größe in diesen Bezirken sind zur Unterbringung von Schlafgängern oder eigenen Angestellten benutzt werden, und die Wohnungen in einer Größe bis zu 3 Zimmern einschll. Küche, in denen vierter einzelner Zimmer vorhanden sind, ebenfalls in die Aufsicht einbezogen und es wird darüber entschieden werden, ob es unter den neuen Verhältnissen in der bisherigen Weise benutzt werden dürfen.

Unterlassungen oder Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung vom 1. 5. / 11. 10. 1920 bestraft.

Breslau, den 2. Mai 1925
Der Oberbürgermeister.



Betrieb und Werkstatt

Streik der Formner, Dreher und Maschinenarbeiter Carls- und Wilhelmshütte, Altwasser.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)
Nachdem am Sonntag nachmittag die Grubenmetallarbeiter Stellung genommen haben zu dem Schiedsbruch im Bergbau, sind nunmehr die Formner, Dreher und Maschinenarbeiter der Carls- und Wilhelmshütte in den Streik getreten. Vorausgesetzt wird jetzt die ganze Belegschaft ausgeperrt werden.
Die Gärung unter den Grubenmetallarbeitern ist sehr stark. An der Sonntagversammlung waren sie einstimmig für ein Zusammengehen mit den Hüttenarbeitern. Die Verhältnisse auf den Gruben sind derart, daß ein Weiterwursteln in der bisherigen Form unmöglich geworden ist.
Was brachte der letzte Schiedsbruch? Erhöhung des Stundenlohnes des Handwerkers von 38 Pf. auf 41 Pf. in der Höhe. Das ist eine glatte Verhöhnung der Kollegen. Man ist noch nicht erkannt hat, daß nur durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, nur durch den entschlossenen Kampf der Ausgeperrten gegen die Ausbeuter das Los des Arbeiters zu verbessern ist, dem es nicht zu helfen.
Deshalb, ihr organisierten und kampfgewillten Kollegen, müßt ihr die Schlägen auf, bereitet einen Kampf vor der von den Ausbeutern Aussicht auf vollen Erfolg hat!

So sieht es aus

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)
Eine Ausbeuter- und Antreiberfirma überlistet Sie ist oben genannte Firma. Nicht genug, daß die Proleten die ganze Schicht wie wahllos schufteten müssen, werden sie noch dazu mit einem wahren Hunderlohn abgefunden, der jeder Verbesserungspotential. So z. B. verdient ein 20-jähriger Kumpel sage und schreibe

24-28 Pfg. die Stunde.

Ein Kumpel über 20 Jahre höchstens 43 Pfg. die Stunde. Wo bleiben da die Tarifverträge? Nun, die macht sich die faule Firma selbst.

Den Kumpels möchte ich raten, die Herren Antreiber mal zu beobachten, wie sie in den Beutischen Solalen Schlemmen und praffen. Und für welche Gelder? Die Frage ist beantwortet, wenn man weiß, daß der tarifliche Stundenlohn bei einem 24-jährigen Arbeiter 47-51 Pfg. statt 35-43 Pfg. beträgt.

Der Beschluß dieser Firma scheint zu sein: Im Schweißbetriebe Angehörige, Prolet, sollst du trocken Brot fressen, bis du verreckst! Wissen möchte ich noch, wer das Auto und die Leute bei der Wahl der Hindenburgpartei zur Verfügung gestellt hat? Vielleicht der Herr Betriebsrat? Kumpels, habt ihr ihn gesehen, wie er „hurra“ und „hoch Hindenburg“ geschrien hat? Mecht euch alles sehr wohl bis zur nächsten Betriebsratswahl und gebt dann nur denjenigen eure Stimme, die infame und gewillt sind, eure Rechte zu vertreten.

Berlangen die Proleten ihren Lohn — fliegen sie auf die Straße!

Sägewerk Runze, Falkenberg OS.

(Von unserem Betriebsberichtersteller.)
Der Sägewerksbesitzer Runze leidet sich mit seinen Arbeitern Sachen, die beinahe nicht zu glauben sind, aber doch der vollen Wahrheit entsprechen. Seit 3 bis 4 Wochen zahlt nämlich Herr Runze seinen Arbeitern keinen Lohn mehr, höchstens gibt er verschiedenen Arbeitern ein paar Mark Vorschuss. Nun haben drei Arbeiter den lumpigen Vorschuss dem famosen Unternehmer vor die Füße geworfen und verlangten ihren richtigen Lohn für einige Wochen.

Was macht nun Herr Runze? Er gibt wohl den Arbeitern den Lohn, gibt ihnen aber auch zugleich die Papierre. Also dafür, daß die Arbeiter ihren, in dieser Knochenmühle lauer verdienten Lohn fordern, werden sie aufs Straßenpflaster geworfen! Arbeiter, das scheint der Lohn zu sein dafür, daß am 26. April 1925 von den Arbeitern Hindenburg und Marx gewählt haben. Herr Runze scheint nur daran Geldmangel zu leiden, wenn es sich um seine Arbeiter handelt. Es hat doch erst vor nicht allzulanger Zeit zu einem Lurusraub gereicht, nicht wahr, Herr Runze? Oder ist der Stundenlohn von 28-35 Pfg. etwa ein fünfziger Lohn? Was würde Herr Runze wohl mit einem Wochenlohn seiner Arbeiter anfangen? Er würde doch sicher nicht einen Tag als Laichschelke reichen. Oder hat unser Sägewerksbesitzer voriges Jahr schlechte Geschäfte gemacht? Es wurde doch sehr viel gemunkelt, daß Herr Runze im vergangenen Jahr bei dem großen Auftrag sehr gute Geschäfte gemacht hätte, natürlich auf Kosten der Tag- und Nacht schuftenden Arbeiter.

Kollegen von Runzes Sägewerk und im ganzen Kreis, kommt auch bei solchen Vorfällen noch nicht der Berhaad oder habt ihr euer Hirn schon ganz ausgeblutet, ein Wunder wäre es bei eurer Schüchternheit nicht. Erkennt doch endlich einmal eure elende Lage. Ihr steht ja schlimmer da, als das Vieh, dies füttert man gut, daß es Arbeit leisten kann, aber ihr müßt schufteln und dabei elend verhungern. Trebet ein in die rote Klassenkampfstrasse der Arbeiterschaft und helft uns, diese Ausbeuter zum Teufel zu jagen.

Gewerkschaft

Reviertkonferenz des BVB Altwasser.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichtersteller.)
Am Sonntag, den 3. Mai, tagte im Gasthof „Stadtbrauerei“ eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Betriebsräte. Kollege Hoffmann gab einen ausführlichen Bericht von dem letzten Schiedsbruch, welcher eine 50prozentige Lohnerhöhung und eine 8-stündige Arbeitszeit vorsieht. Der Schiedsbruch wurde von der Konferenz ohne große Begeisterung abgelehnt.

Sie Abstimmung fand geheim statt.
Recht interessant wurde es, als ein GVD-Mann den Antrag einbrachte, bei den nächsten Reichstagswahlen an ausführender Stelle einen Vertreter der Bergarbeiter aufzustellen. Das brachte eine arge Verwirrung in die Reihen der anwesenden GVD-ler. Mancher GVD-Genosse lenkte hierbei so richtig die Aufmerksamkeit auf die letzten Wahlen. Der Metallarbeiter-Sekretär äußerte sich ganz aus dem Häuschen und Worte wie „Schöpfung“, „bestellte Arbeit“, „Schöpfung“ wurden von den

Angestellten hin und her geworfen. Das ist die große einzige GVD! Ob wohl die „Bergwacht“ jetzt auch „Bergarbeiter“ schreibt?

Wie mag dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Wendemuth zumute sein, wenn die Bergarbeiter mit ihm nicht zufrieden sind? (Und auch die Freie Elternvereingung ist mit ihm nicht zufrieden.) Immer Waidemuth! Nun sind die Ausführenden bei Neuwahlen etwas getrübt.

Unsere Genossen aber werden durch diese Fäulnis innerhalb der GVD noch mehr als bisher bestärkt in ihrer Aufgabe, den Arbeitern reinen Wein einzuschütten über die GVD-Politik und sie für die KPD, als einzige Arbeiterpartei zu mobilisieren. Wohl sind bei uns keine Posten zu vergeben, aber revolutionäre Kämpfer findet die Arbeiterschaft bei uns.

Die Herausforderungen der Unternehmer

Zur Ausperrung im Holzgewerbe.

Der Parole des Arbeitgeberverbandes prompt folgend, haben gestern auch einige Unternehmer im Waldenburger Gebiet ganze 60 Mann ausgeperrt. Den Tageblättern wird in der gestrigen Nummer erzählt, daß die Forderungen der Arbeiter für das Gewerbe untragbar wären. Wie in Wirk-

lichkeit diese Untragbarkeit aussieht, wird durch den Ausbruch eines hiesigen Unternehmers gut illustriert: Dieser Herr hat gekauft ein Pferd und erzielt dabei den Preis von 300 M. Danach sagt er: „Das ist doch gar kein Geld, das langt nicht für einen Abend, wenn ich einmal ausgehe.“ Wenn die Lebenshaltungskosten der Herren Unternehmer derartig hohe Anforderungen stellen, ist es begreiflich, daß es dann für die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht langem will und die produktiv schaffenden Tischlergesellen selbstverständlich zurückgehen müssen.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß in der schlesischen Holzindustrie die niedrigsten Löhne ganz Deutschland bezahlt werden und durch diesen Zustand nun auch den Kollegen Holzarbeiter die Geduld ausgegangen ist. Wir können aber konstatieren, daß bereits ein recht hoher Prozentsatz des Unternehmers in verständnisvoller Weise den Forderungen der Holzarbeiter entgegenkommen ist und der Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums voll anerkannt wurde. In den übrigen Betrieben, wo diese Anerkennung nicht erfolgt ist, werden es die Holzarbeiter verstehen, dieselben auch dort zur Anerkennung zu bringen.

Um zur Gesamtlage Stellung zu nehmen, findet Donnerstag, den 7. Mai, abends 6 Uhr, im „Eisernen Kreuz“ in Altwasser einer Versammlung aller unter den Landesberatern sitzenden Kollegen statt. Die Ortsverwaltung.

Berscharfte Situation im niederschl. Kohlenrevier

Die Reviertkonferenz der Bergarbeiter lehnt den völlig ungenügenden Schiedsbruch einstimmig ab

Der am 28. April gefällte Schiedsbruch wurde von der am 3. Mai in Altwasser tagenden Reviertkonferenz aller Betriebsräte und der Vertrauensleute der am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften des niederschlesischen Steinkohlenbaues einstimmig abgelehnt. Damit ist die Situation im niederschlesischen Kohlenrevier erneut verschärft.

In der Konferenz sprach der Kollege Hoffmann über die Verhandlungen, die in der Lohn- und Manteltarifstreitfrage geführt wurden.

Die freigewerkschaftlichen Organisationen hatten am 6. März den Entwurf zu einem Manteltarif, sowie eine Lohnforderung von 50 Prozent eingereicht. Die Arbeitgeber lehnten beide Forderungen ohne jede Verhandlung ab. Die Organisationen unterbreiteten den Streitfall dem Reichsarbeitsministerium, welches den Streitfall an den amtlichen Schlichter für die Provinz Niederschlesien verwies. Der Schlichter versuchte am 8. 4. eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Die Arbeitervertreter begünstigten ihre Forderung damit, daß auf dem Gebiet des gesamten Arbeitsvertrages im niederschlesischen Revier eine vollständige Anarchie herrscht. Nicht nur einzelne Werte, sondern sogar einzelne Beamte verfahren geradezu nach ihrem Gutdünken und stellen die noch geltenden Arbeitsverträge auf den Kopf. Die dem Zustand müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden dadurch, daß ein neuer Manteltarif geschaffen würde. Dasselbe trifft auch auf die Lohnfrage zu. Auch hier herrscht eine vollständige Anarchie. Die in der Lohnordnung vom 7. April 1924 vorgesehenen Löhne seien auch von den Werkverwaltungen als unzulässig anerkannt und deshalb auf allen Werten und für alle Arbeitergruppen überschritten. Eine Angleichung der Löhne an die wirklich verdienten Löhne sei dringendes Erfordernis. Darüber hinaus müsse aber auch eine Lohnsteigerung getätigt werden, da

die Arbeiter im Bergbau heute tatsächlich die Kulis unter der niederschlesischen Arbeiterschaft

bedeuten und tatsächlich nur noch die Hälfte von dem verdienen, was selbst ungelernete Arbeiter in anderen Berufen erhalten. Die Arbeitgeber müßten die Begründung als richtig anerkennen, erklären sich jedoch außerstande, aus eigener Kraft etwas zu tun. Sie erhoben Gegenforderung auf eine Arbeitszeitverlängerung auf 8 1/2 Stunden unter Tage. Das würde von den Arbeitnehmerorganisationen als untragbar abgelehnt. Die Einigungsverhandlungen müßten deshalb von dem Schlichter als gescheitert betrachtet werden.

Die Einsetzung einer Schlichtungskammer wurde vom Schlichter angeordnet und auf den 21. April einberufen. Nach zwölfstündiger Verhandlung unterbreitete die Schlichtungskammer den Organisationen einen Vorschlag, der eine weitere Mehrarbeit um eine halbe Stunde unter befördernder Bezahlung sowie eine Angleichung der Tariflöhne an die wirklich verdienten Löhne vorsah. Der Vorschlag sah weiter vor, daß der Manteltarif mit nur wenigen Änderungen wieder in Kraft gesetzt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde in einer Konferenz am 24. April abgelehnt. Die Schlichtungskammer mußte nunmehr erneut und zwar am 28. April zusammentreten, um eine endgültige Entscheidung zu fällen. Nach abermals dreizehntägiger Verhandlung fällt die Entscheidung nachfolgenden

Schiedspruch

1. Unter Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit wird der Tarifschichtlohn des Zimmerhauers auf 3,83 M. festgesetzt. Von ihm ausgehend regeln sich die Gehälter der Hauer nach Maßgabe der Bestimmung in § 7 Abs. 6 des Manteltarifvertrages. Die Tarifschichtlöhne der anderen untertägigen Arbeitergruppen erhöhen sich in demselben Verhältnis, wie der Tarifschichtlohn des Zimmerhauers gegenüber dem Stände in der Lohnstapel vom 7. April 1924.

2. Die Tarifschichtlöhne der überirdigen Arbeiter erfahren eine Erhöhung von insgesamt 8 Prozent, in der die Lohnsteigerung von 3 Prozent aus dem Schiedspruch vom 12. Dezember 1924 mit abgezogen ist.

3. Bezüglich der Arbeitszeit der Kohlenarbeiter ist die Entscheidung der obersten Landesbehörde abzuwarten.

4. Der Manteltarif vom 31. Oktober 1922 wird mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

§ 5 erhält folgenden neuen Absatz:

Die Besonderen sind als Lehrlinge für Hauer zu entlohnen mit dem Augenblick ihres Einrückens in die nächsten verfügbaren werdenden Stellen dieser Art, wenn sie Anspruch haben.

Die erläßt die Fassung:
Müssen Arbeiter aus betrieblichen Gründen vorübergehend andere Arbeit verrichten, für die ein niedrigerer Lohn festgesetzt ist, so haben sie Anspruch auf ihren Tariflohn für die Dauer ihrer Tätigkeit.

§ 4 Absatz 1 erhält die Fassung:
Hat ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis gekündigt, so hat er keinen Anspruch auf Ferien. Ist ihm dagegen verwehrt gekündigt worden, so hat er einen Ferienanspruch vor seiner endgültigen Einberufung im anteiligen Verhältnis der bereits im Ferienjahre befristeten Arbeitsmonate. Der Monat der Abreise rechnet hierbei nicht mit, weniger als ein voller Tag Ferien wird hierbei nicht gewährt.

5. Diese Neuordnung tritt am 1. Mai 1925 in Kraft. Der Manteltarif und das Arbeitsabkommen laufen unänderbar bis zum 30. September 1925 und sind erstmalig am 1. Oktober kündbar zum 30. November 1925. Wird von dieser Kündigungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht, so läuft vom 1. Dezember 1925 ab Manteltarif und Arbeitsabkommen mit monatlicher Kündigungsfrist weiter.

Stelle von der Belegschaft unter Tage eine weitere Mehrarbeit von einer halben Stunde geleistet werden, die die Schichtausgänge nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse der unterirdischen Bergwerke, andererseits aber auch im wohlwollenden Interesse der niederschlesischen Bergarbeiter für dringende erforderlich hält, so tritt vom Zeitpunkt des Verfahrens der verlängerten Arbeitszeit folgende Lohnregelung in Kraft:

1. Der Tariflohn des Zimmerhauers erhöht sich auf 4,30 M. zu dem noch ein Zuschlag von 25 Prozent des auf die einfaltige Mehrarbeit entfallenden Lohnanteils tritt.

2. Der Lohn der Bedingearbeiter regelt sich nach Ziffer 1 des für die achtstündige Arbeitszeit gemachten Vorschlags mit der Maßgabe, daß an Stelle des 25prozentigen Zuschlags eine feste Zulage von 15 Pf. für den Bedingehauer und für die anderen Bedingearbeiter unter Tage eine entsprechend abgestufte feste Zulage tritt.

3. Die Löhne der überirdigen Arbeiter regeln sich nach Ziffer 2 des für die Stündige Arbeitszeit gemachten Vorschlags.

4. Der Manteltarif wird mit den Änderungen des für die achtstündige Arbeitszeit gemachten Vorschlags wieder in Kraft gesetzt und gilt ebenso wie das Mehrarbeitsabkommen zunächst unänderbar bis zum 30. September 1925 und ist am 1. Oktober 1925 erstmalig zum 30. November 1925 kündbar. Wird von dieser Kündigungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht, so laufen beide Abkommen mit monatlicher Kündigungsfrist weiter.

Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs bis 4. Mai 1925 mittags 12 Uhr.

Der Schlichter.

Arbeitgebervertreter. Arbeitnehmervertreter.

Protokollnotiz.

1. Es besteht zwischen den vertraglich bindenden Parteien S. nichtig darüber, daß der auf den einzelnen Schichtanlagen zuerst erreichte Lohnstand für die einzelnen Arbeitergruppen bei gleichbleibender Leistung nicht unterschritten werden darf.

2. Das für die Neuordnung Kohlen- und Tonwerke getroffene Abkommen bezüglich der Lohnstapel tritt wieder in Kraft.

Der Schlichter.

Der Schiedspruch besteht aus zwei Teilen. Während der erste Teil die Lohn- und Tarifstreitfrage unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit behandelt, ist der zweite Teil eine Anforderung an die Tarifparteien, eine weitere einfallstündige Mehrarbeit zu leisten. Der erste Teil bringt den Belegschaften keine direkte Lohnsteigerung oder zum mindesten nur einen ganz kleinen Bruchteil der am schlechtesten bezahlten Arbeiter. Es ist bekannt, daß sämtliche Gruppen über die Tariflöhne vom 7. April hinaus verdienen. In der Protokollnotiz wird gesagt, daß der zuletzt erreichte Lohnstand nicht unterschritten werden darf, d. h. all die Gruppen, die darüber hinaus verdient haben, behalten wohl diesen Lohnstand, erfahren aber keine Erhöhung. Das trifft vor allen Dingen auf sämtliche Bedingearbeiter zu. Dadurch scheiden von vorherherin 75 Prozent aller Arbeiter von der Lohnsteigerung aus.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Ablehnung des völlig ungenügenden Schiedspruchs aus. Wiederholt erklärten die Kollegen, daß die Unternehmer kein Recht haben, sich über den Rückgang der Produktion zu beschweren, da ihre schroffen und brutalen Ausbeutermethoden die Schuld daran tragen, daß die besten Arbeiter den Gruben den Rücken kehren und in anderen Berufen Unterkommen suchen.

Die geheim vorgenommene Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Schiedspruchs.

Nach Erledigung einiger organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Konferenz geschlossen. Die Funktionäre verließen die Versammlung mit dem festen Willen, die Belegschaften auf den bevorstehenden Kampf vorzubereiten.

Sollten die schärferen Kohlenpreiskämpfe nicht noch in letzter Stunde einlenken und die Forderungen der Bergarbeiter anerkennen, ist der Kampf auch im mittelschlesischen Bergbau unvermeidlich. Die Bergarbeiter müssen sich sofort mit dem im Kampf beständigen Metall- und Holzarbeitern in Verbindung setzen, um die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterschaft am besten herzustellen.

